

CLAIMS RESOLUTION TRIBUNAL

[Inoffizielle Übersetzung des englischen Originaltextes]

In re Holocaust Victim Assets Litigation
Aktenzeichen: CV96-4849

Überwiesener Auszahlungsentscheid

Zu Gunsten der Ansprecherin Erika Tabor

betreffend das Konto des Kontoinhabers Felix Wertheimer

Geschäftsnummern: 208328/EC; 216675/EC

Zugesprochener Betrag: 906'775.00 Schweizer Franken

Grundlage des vorliegenden Auszahlungsentscheids ist die von Erika Tabor ("Ansprecherin") eingereichte Anspruchsanmeldung betreffend das Konto des Felix Wertheimer ("Kontoinhaber").

Von der Ansprecherin eingereichte Informationen

Die Ansprecherin reichte zwei Anspruchsformulare ein. Darin führte sie aus, der Kontoinhaber sei der Bruder ihres Vaters, der am 25. Oktober 1871 geboren sei. Die Ansprecherin führte aus, sie sei die Tochter von Paul, dem Bruder des Kontoinhabers.

Die Ansprecherin führte weiter aus, ihr Onkel habe an der Weissgärberlande 38 in Wien gelebt, bis der Besitz arisiert wurde und ihr Onkel an die Ebendorferstraße 8/7 umzog. Die Ansprecherin führte weiter aus, ihrem Onkel sei vorübergehend die Flucht in die Schweiz gelungen. Nachdem er jedoch aus der Schweiz deportiert wurde, habe er sich am 26. Juni 1942 im Jüdischen Krankenhaus in Wien das Leben genommen.

Die Ansprecherin führte aus, sie sei die Nichte des Kontoinhabers. Im Jahre 1999 reichte sie einen Eingangs-Fragebogen betreffend das Konto ihres Onkels ein. Zusammen mit diesem Eingangs-Fragebogen reichte die Ansprecherin einen Kontoauszug ein, aus dem hervorgeht, dass ihr Onkel bei der [SCHWEIZER BANK] in Zürich ein Depot mit der Nummer 22124 hatte, das am 26. April 1938 Wertschriften im Wert von 76'710.00 Schweizer Franken enthielt.

Aus den Bankunterlagen ersichtliche Informationen

Aus den Bankunterlagen ergibt sich, dass der Kontoinhaber, Felix Wertheimer war, der 1871 geboren wurde, an der Weissgärberlande 38 in Wien lebte und am 26. Juni 1942 verstarb. Er verfügte über ein Wertschriftendepot mit der Nummer 22124 bei [SCHWEIZER BANK] in Zürich, das am 26. April 1938 gemäss einer Liste jüdischer Vermögenswerte in Österreich Wertschriften im Wert von 76'710.00 Schweizer Franken enthielt.

Die Bankunterlagen enthalten zudem eine interne Notiz, die besagt, dass die [NAME DER ÖSTERREICHISCHE BANK ANONYMISIERT, IM FOLGENDEN „ÖSTERREICHISCHE BANK“] in Wien ab dem 4. Mai 1938 über alle Transaktionen auf dem Konto informiert werden sollte. Die im Konto enthaltenen Vermögenswerte wurden im Laufe des Jahres 1938 der [ÖSTERREICHISCHE BANK] zur Verfügung gestellt. Alle im Konto verbliebenen Wertschriften wurden vor dem 14. April 1939 ausbezahlt.

Die in den Bankunterlagen enthaltene Korrespondenz zwischen der Bank und dem Kontoinhaber nimmt Bezug auf ein „*Depot und Konto*,“ das heisst, ein Depot, das sowohl Wertschriften als auch ein zusätzliches Kontokorrent enthielt, das für die Verwaltung dieser Wertschriften verwendet wurde. Es findet sich kein Hinweis darauf, ob oder wann die im Kontokorrent enthaltenen Vermögenswerte ausbezahlt und an wenn sie ausbezahlt wurden. Aus den Bankunterlagen ergibt sich, dass ein Anwalt im Jahre 1943 versuchte, die Auszahlung der verbliebenen Vermögenswerte im Namen einer angeblichen Erbin des Kontoinhabers, [ANONYMISIERT], zu erreichen. Allerdings zahlte die Bank die im Konto verbleibenden Vermögenswerte zu diesem Zeitpunkt aufgrund unzureichender Ermächtigung nicht aus. Die Buchprüfer, die bei der Bank eine Untersuchung der Bankunterlagen vorgenommen haben, um nach den Anweisungen des Independent Committee of Eminent Persons („ICEP“) Opferkonten zu identifizieren, konnten das Konto nicht in der Bankkartei offener Konten finden. Die Buchprüfer nehmen daher an, dass das Konto geschlossen wurde. Die Buchprüfer geben an, dass es keine Hinweise auf eine Kontenaktivität nach 1945 vorliegen.

Erwägungen des Schiedsgerichts

Identifizierung des Kontoinhabers

Die Ansprecherin hat den Kontoinhaber plausibel identifiziert. Die Ansprecherin gab eine Adresse ihres Onkels an, die genau mit der unveröffentlichten Adresse des Kontoinhabers in den Bankunterlagen übereinstimmt. Die Ansprecherin gab zudem die Geburts- und Todesdaten ihres Onkels an, die auch mit den in den Bankunterlagen enthaltenen Angaben übereinstimmen. Ausserdem reichte die Ansprecherin den Namen der Bank, die Kontonummer sowie den Wert der Wertschriften ein. Alle diese Angaben stimmen mit den in den Bankunterlagen enthaltenen Informationen überein.

Status des Kontoinhabers als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung

Die Ansprecherin hat plausibel dargelegt, dass der Kontoinhaber Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Sie hat dargelegt, dass ihr Onkel jüdischer Abstammung war und dass er ungeachtet seines Übertritts zum Christentum im Jahre 1922 vom nationalsozialistischen Regime dennoch als Jude angesehen wurde. Aus den von der Ansprecherin und von der Bank eingereichten Unterlagen geht zudem hervor, dass der Kontoinhaber nach dem Anschluss in Wien lebte. Die Ansprecherin gab ausserdem an, der Kontoinhaber habe sich 1942 im Jüdischen Krankenhaus in Wien das Leben genommen.

Verwandtschaftsverhältnis zwischen der Ansprecherin und dem Kontoinhaber

Die Ansprecherin hat plausibel dargelegt, dass der Kontoinhaber ihr Onkel ist. Aus den von ihr vorgelegten Urkunden geht hervor, dass ihr Vater und der Kontoinhaber Brüder waren und dass sie das Kind ihres Vaters ist. Auch die übrigen Angaben der Ansprecherin sind plausibel und geben dem Schiedsgericht keinen Anlass zu bezweifeln, dass sie die einzige überlebende Verwandte des Kontoinhabers ist.

Obwohl aus den Bankunterlagen zu ersehen ist, dass ein Wiener Anwalt die Bank über den Tod des Kontoinhabers informierte, sich als der Nachlassverwalter des Kontoinhabers ausgab und versuchte, eine Auszahlung jeglicher verbleibender Vermögenswerte an die angebliche Erbin des Kontoinhabers zu sichern, kommt das Schiedsgericht zum Schluss, dass diese Dokumente aus der Zeit des Dritten Reichs, die damals von der Bank nicht akzeptiert wurden, keine schlüssigen Beweise dafür sind, dass weitere Personen am Konto berechtigt waren. Zudem scheinen die von der Ansprecherin eingereichten Angaben darauf hinzuweisen, dass sie die engste lebende Verwandte des Kontoinhabers ist. Allerdings wäre sie infolge ihrer jüdischen Abstammung zum Zeitpunkt des Todes des Kontoinhabers im Jahre 1942 nicht in der Lage gewesen, ihre Rechte geltend zu machen.

Verbleib des Kontoguthabens

Da die Ansprecherin an einer Auszahlung des Kontoguthabens nicht berechtigt wäre, falls das Kontoguthaben bereits an die Kontoinhaber oder deren Erben ausbezahlt wurde, hat das Schiedsgericht die Frage zu prüfen, was im vorliegenden Fall mit dem Kontoguthaben geschehen ist.

Die vom Independent Committee of Eminent Persons etablierten historischen Fakten zeigen, dass über das Vermögen von Naziopfern auf Schweizer Banken in verschiedener Weise verfügt wurde. In einigen Fällen haben die Kontoinhaber und/oder ihre Angehörigen die Kontoguthaben abgehoben und selbst erhalten. In anderen Fällen ersuchten Kontoinhaber, die unter nationalsozialistischer Verfolgung standen, ihre Bank um Kontoaufhebung und baten um Überweisung des Kontoguthabens auf Banken, die ihnen von nationalsozialistischen Behörden vorbezeichnet worden waren; das Guthaben fiel dem nationalsozialistische Regime in die Hände. In anderen Fällen fanden keine Transfers statt, sondern das Kontoguthaben

wurde im Laufe der Zeit durch ordentliche und ausserordentliche Bankgebühren aufgebraucht, was schliesslich zu einer Kontenaufhebung führte. In wiederum anderen Fällen – insbesondere nach längerem Ausbleiben von Kontobewegungen oder nach längerer Nachrichtenlosigkeit – verfiel das Guthaben an die Bank. Daher besteht in Fällen, in denen das Kontoguthaben nicht an einen Kontoinhaber oder einen seiner Angehörigen ausgezahlt wurde – so wie unten aufgeführt offenbar in vorliegendem Fall – eine begründete Wahrscheinlichkeit, dass das Guthaben dem nationalsozialistischen Regime oder aber der Schweizer Bank zufiel.

Das Schiedsgericht stellt fest, dass es plausibel ist, dass das Kontoguthaben weder dem Kontoinhaber noch seinen Erben ausbezahlt wurde. Aus den Bankunterlagen ist ersichtlich, dass der Kontoinhaber gezwungen wurde, dem nationalsozialistischen Regime die im Konto enthaltenen Vermögenswerte anlässlich der Zählung jüdischer Vermögenswerte vom 26. April 1938 zu melden und dass [SCHWEIZER BANK] die Wiener [ÖSTERREICHISCHE BANK] über spätere Transaktionen auf dem Konto informieren musste. Aufgrund dieser Informationen sowie weiterer, in den Unterlagen enthaltenen Informationen, die darauf hinwiesen, dass die Wertschriften im Konto schrittweise im Verlauf des Jahres 1938 zugunsten der [ÖSTERREICHISCHE BANK] in Wien flüssig gemacht wurden, sowie aufgrund der Korrespondenz zwischen dem Kontoinhaber und der [SCHWEIZER BANK], aus der hervorgeht, dass der Kontoinhaber über die im Konto enthaltenen und ihm früher gehörenden Vermögenswerte nicht mehr verfügen konnte, kommt das Schiedsgericht zu dem Schluss, dass die im Konto enthaltenen Vermögenswerte durch das nationalsozialistische Regime enteignet wurden. Dieselbe Schlussfolgerung erfolgt aufgrund von Artikel 34 der Verfahrensregeln, wonach das Schiedsgericht zu vermuten hat, dass das Konto weder dem Kontoinhaber noch seinen Erben ausbezahlt wurde, wenn das Konto geschlossen wurde und die Bankunterlagen Hinweise über eine Verfolgung des Kontoinhabers enthalten (Artikel 34(a) der Verfahrensregeln), bzw. wenn das Konto in einer Liste jüdischer Vermögenswerte oder in anderen Unterlagen des nationalsozialistischen Regimes aufgeführt war (Artikel 34(d) der Verfahrensregeln).

Obwohl das Schiedsgericht nicht mit Sicherheit bestimmen kann, wer das Guthaben auf dem Konto des Kontoinhabers erhalten hat, stellt das Schiedsgericht jedoch fest, dass plausibel ist, dass weder der Kontoinhaber noch seine Erben das Kontoguthaben erhalten haben. Der Kontoinhaber nahm sich 1942 das Leben. Es ist somit unmöglich, dass ihm das Kontoguthaben nach diesem Datum ausbezahlt wurden. Aus den Bankunterlagen ist weiter ersichtlich, dass das Kontoguthaben 1943 auf einen Auszahlungsantrag hin nicht ausbezahlt wurden. Die Buchprüfer weisen zudem darauf hin, dass es keine Hinweise auf Bewegungen auf dem Konto nach 1945 gibt (als es den Erben möglich gewesen wäre, Kontakt mit der Bank aufzunehmen oder in die Schweiz zu reisen). Die Ansprechlerin bestätigte 1999 im Eingangs-Fragebogen, in dessen Anlage sie Beweise im Zusammenhang mit dem Konto einreichte, dass ihr noch keine Vermögenswerte ausbezahlt worden seien. Das Schiedsgericht bestimmt somit, dass es plausibel ist, dass das Konto den Erben des Kontoinhabers nicht ausbezahlt wurde.

Grundlagen des Auszahlungsentscheids

Das Schiedsgericht hat festgestellt, dass aus folgenden Gründen zu Gunsten der Ansprecherin ein Auszahlungsanspruch besteht: Die Anspruchsanmeldung ist zulässig, da das Konto Opfern nationalsozialistischer Verfolgung gehörte und die Ansprecherin plausibel dargelegt hat, dass es sich bei den Kontoinhabern um ihren Onkel handelt. sind (ein Verwandtschaftsverhältnis, das einen Auszahlungsentscheid rechtfertigt).

Zugesprochener Betrag

Sowohl aus den Bankunterlagen als auch aus den Vorbringen der Ansprecherin geht hervor, dass am 26. April 1938 der Wert der Wertschriften im Depot 76'710.00 Schweizer Franken betrug. Nach diesem Datum konnte der Kontoinhaber nicht mehr über die Vermögenswerte verfügen, die schrittweise durch das nationalsozialistische Regime konfisziert wurden. Der aktuelle Wert dieses Teils des Kontos wird errechnet, indem der ursprüngliche Wert gemäss Artikel 37(1) der Verfahrensregeln mit dem Faktor 11,5 multipliziert wird. Somit wird im Falle des Wertschriftenteils des Kontos der Betrag von 882'165.00 Schweizer Franken zugesprochen.

Aus den Bankunterlagen ist nicht ersichtlich, wie hoch der Kontostand des zusätzlichen Kontokorrents zu jenem Zeitpunkt war. In Fällen, in denen der Wert des Kontoguthabens unbekannt ist, wird nach Artikel 35 der Verfahrensregeln das Durchschnittsguthaben auf Konten ähnlicher Kontentart im Jahre 1945 angewendet, um den gegenwärtigen Wert des auszahlenden Kontoguthabens zu errechnen. Die Durchschnittswerte sind Ergebnis der Untersuchungen, die vom Independent Committee of Eminent Persons bei Schweizer Banken durchgeführt wurden. 1945 betrug der Durchschnittswert eines Kontokorrents 2'140.00 Schweizer Franken. Multipliziert man den Wert von 1945 gemäss Artikel 37(1) der Verfahrensregeln mit dem Faktor 11,5, dann ergibt sich für das zusätzliche Kontokorrent ein zuzusprechender Betrag von 24'610.00 Schweizer Franken. Der zuzusprechende Gesamtbetrag beträgt somit 906'775.00 Schweizer Franken.

Die Ansprecherin wird darauf hingewiesen, dass Ansprecher in Fällen, in denen der Kontenwert nicht bekannt ist, zunächst eine Abschlagszahlung in Höhe von 35% des zugesprochenen Betrags erhalten (Artikel 37(3) der Verfahrensregeln). Wenn das Schiedsgericht über alle Anspruchsanmeldungen befunden hat, können Ansprecher eine weitere Zahlung von bis zu weiteren 65% des zugesprochenen Betrags erhalten. In vorliegendem Fall ist der Wert des Depots, nicht aber der Wert des Kontokorrents bekannt. 35% des zugesprochenen Betrags hinsichtlich des Kontokorrents entsprechen 8'613.50 Schweizer Franken. Zudem machen 35% des gesamten, für das Depot zugesprochenen Betrags 308'757.75 Schweizer Franken aus. Demzufolge entsprechen 35% des gesamten zugesprochenen Betrags für beide Konten 317'371.25 Schweizer Franken.

Reichweite des Auszahlungsentscheids

Die Ansprecherin wird darauf hingewiesen, dass das Schiedsgericht gemäss Artikel 25 der Verfahrensregeln weitere Untersuchungen betreffend ihrer

Anspruchsanmeldung durchführen wird, um festzustellen, ob eine Berechtigung an weiteren Schweizer Bankkonten besteht. In diesem Zusammenhang werden ihre Angaben mit der Gesamtkonten-Datenbank (bestehend aus Daten von mehr als 4,1 Millionen Schweizer Bankkonten) abgeglichen werden.

Auszahlung des zugesprochenen Betrags

Das Schiedsgericht bearbeitet im derzeitigen Verfahrensstadium Fälle, in denen die betreffenden Ansprecher besonders wohlbegründete Ansprüche geltend machen. Das Schiedsgericht kann allerdings derzeit nicht ausschliessen, dass noch über weitere Anspruchsanmeldung im Hinblick auf dieselben Konten zu entscheiden ist. Darüber hinaus werden nunmehr auch die Eingangs-Fragebögen von 1998 ausgewertet, um zu bestimmen, welche dieser Eingangs-Fragebögen als Anspruchsanmeldungen zu behandeln sind. Dieser Prozess vergrössert die derzeitige Ungewissheit, ob mit konkurrierenden Anspruchsanmeldungen zu rechnen ist.

Die vom Schiedsgericht zur Kontrolle des Verfahrens benannten Sonderbeauftragten haben betont, dass es wichtig sei, möglichst schnell damit zu beginnen, Ansprüche an Holocaustopfer oder ihre Erben auszubezahlen. Die Sonderbeauftragten haben daher das Schiedsgericht beauftragt, in Fällen, in denen das Schiedsgericht einen besonders wohlbegründeten Anspruch festgestellt hat und wo das Risiko konkurrierender Ansprüche gering ist, Auszahlungsentscheide vorzubereiten und an das U.S.Gericht zur Genehmigung weiterzuleiten. Dies ist vorliegend der Fall.

In vorliegendem Fall ist das Schiedsgericht der Ansicht, dass die Ansprecherin eine wohlbegründete Anspruchsanmeldung eingereicht hat, wodurch die Wahrscheinlichkeit konkurrierender Anspruchsanmeldungen wesentlich verringert ist. Auf dieser Grundlage – und unter Einbeziehung der Anweisungen der Sonderbeauftragten – empfiehlt das Schiedsgericht dem U.S.Gericht, den vorliegenden Auszahlungsentscheid zu genehmigen, sodass die Sonderbeauftragten gemäss Artikel 37(3) der Verfahrensregeln die Auszahlung vornehmen können.

Datum

/S/ _____

Roberts B. Owen
Dienstälderer Richter